

Antrag 217/II/2022**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Coronafolgen bekämpfen – Perspektiven für junge Menschen schaffen**

1 Die Corona-Pandemie hat schonungslos aufgezeigt, wo
 2 die größten Schwachstellen in unserer Gesellschaft liegen.
 3 Besonders stark ausgeprägt schränkten die Auswirkungen
 4 das öffentliche Leben und zentrale Bereiche der Daseins-
 5 vorsorge ein. In der Folge mussten sich vor allem junge
 6 Menschen erheblich zurücknehmen: Schulschließungen,
 7 fehlende Ausweichmöglichkeiten wie Sport- oder Kultur-
 8 angebote, Verlust von Ausbildungsplätzen, Isolation und
 9 Kontaktverbote. Das führte dazu, dass viele junge Men-
 10 schen monatelang in beengten Verhältnissen leben muss-
 11 ten, ohne klare Orientierung, wie es in Zukunft weiter-
 12 geht, sowie oftmals ohne psychologische Beratungs- und
 13 Unterstützungssysteme. Hinzu kam in manchen Fällen
 14 sogar häusliche Gewalt. Als Folge dieser krassen Belas-
 15 tungssituation stieg die Zahl derjenigen, die unter psy-
 16 chischen Erkrankungen wie Angst- und Essstörungen und
 17 Depressionen litten, erheblich an. Knapp ein Drittel al-
 18 ler 7- bis 17-Jährigen in Deutschland zeigten im Jahr 2020
 19 psychische Auffälligkeiten. In nahezu allen Bereichen lässt
 20 sich eine Verschlechterung des Wohlbefindens von jungen
 21 Menschen im Vergleich zum Zeitraum vor der Pandemie
 22 wissenschaftlich nachweisen. All diese Befunde sind nicht
 23 neu. Es ist aber laut Expert*innen davon auszugehen, dass
 24 wir erneut auf eine Corona-Welle im Herbst 2022 zuste-
 25 ern. Weitere Einschränkungen können Stand heute nicht
 26 ausgeschlossen werden.

27
 28 Dennoch wurde viel zu wenig für Kinder und Jugendliche
 29 getan, um für eine Entlastung bzw. Unterstützung zu sor-
 30 gen. Vor allem Kinder und Jugendliche aus sozioökono-
 31 misch schlechter gestellten Familien sind von den Folgen
 32 der Einschränkungen betroffen gewesen und haben im-
 33 mer noch mit ihren Auswirkungen zu kämpfen. Der Abbau
 34 der Lernrückstände und Stärkung der psychosozialen Ar-
 35 beit sind Schritte in die richtige Richtung – diese reichen
 36 aber bei weitem nicht aus. Es sind weitere gezielte Vor-
 37 schläge notwendig, um die Situation der Kinder und Ju-
 38 gendlichen in Berlin angesichts der weiterhin bestehen-
 39 den Corona-Pandemie zu verbessern. Ebenso werden kon-
 40 krete Maßnahmen gebraucht, um die Widerstandsfähig-
 41 keit der sozialen Infrastruktur zu stärken. Ziel ist es, dass
 42 junge Menschen merklich unterstützt werden und eine
 43 Perspektive für ihre persönliche Zukunft auch unter dem
 44 Einfluss einer möglichen weiteren Corona-Welle gewähr-
 45 leistet ist.

46

Mentale Gesundheit

48 Schon vor Ausbruch der Pandemie gab es eine Unterver-

Empfehlung der Antragskommission**Vertagt (Konsens)****LPT I-2023 | Überarbeitung durch den Antragssteller, Wie-
dervorlage II/2023****ASJ Berlin - Stellungnahme zu Antrag 217/II/2022 „Coro-
nalfolgen bekämpfen -Perspektiven für junge Menschen
schaffen“****Votum ASJ: Zurückweisung an die Antragstellenden zur
Überarbeitung/Strukturierung;** hilfsweise Überweisung
an FA III, Stadt des Wissens, AfB, FA Gesundheit; Forum
Netzpolitik, FA Wirtschaft

Begründung:

Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Antrag der ASJ zur
Stellungnahme überwiesen wurde. Er enthält einen bun-
ten Strauß verschiedenster Politikbereiche, von der Ge-
sundheitspolitik, Bildung, Jugendpolitik, Sicherheitsfra-
gen, Gesellschaftserbe als Chancengleichheitsfond, Kin-
dergeld, Digitalisierung. Vieles davon ist dabei durchaus
unterstützungswert, auch wenn ein fachlicher Bezug zur
ASJ nicht gesehen wird. Abzulehnen ist allerdings die For-
derung, dass das Ordnungsamt und die Polizei in Parks
nicht mehr „auftreten“ dürfen. Bei Straf- oder Ordnungswidrigkeiten muss ein Einschreiten zulässig bleiben und ist teilweise zwingend geboten.

Es kann in Berlin keine rechtsfreien öffentlichen Räume
geben, in denen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten
nicht verfolgt werden dürfen. Die Möglichkeit, Alkohol-
verbote und Parkumzäunungen zuzulassen, sollte bei ei-
nem nicht anders handhabbaren Exzess zum Schutz der
Anwohnenden und der Natur möglich bleiben.

**Stellungnahme FA Europa zum überwiesenen Antrag
217/II/2022 der Jusos LDK , 28. Februar 2023****Zum Antrag 217/II/2022 der Jusos LDK “Coronafolgen be-
kämpfen – Perspektiven für junge Menschen schaffen”
nimmt der Fachausschuss II “EU-Angelegenheiten” wie
folgt Stellung:**

Die direkt im Antrag behandelten Inhalte haben aus unse-
rer Sicht grundsätzlich einen innenpolitischen Bezug und
müssten von den zuständigen Fachausschüssen hinsicht-
lich der Landes- und Kommalthemen bewertet werden.
Wir möchten im Folgenden aber die europäische Perspek-
tive des Themas noch beleuchten.

Ursula von der Leyens Rede zur Lage der Union im Herbst
2021 war stark geprägt von der Corona-Pandemie und
beschäftigte sich mit Blick auf die Zukunft der Europäi-
schen Union auch explizit in einigen Absätzen mit den

49 sorgung in der mentalen Gesundheitsversorgung für junge
50 Menschen, die sich während der Pandemie durch die
51 stark steigende Anzahl an Betroffenen deutlich verschärft
52 haben. Laut einer Evaluation der Krankenkassen leiden in
53 keinem anderen Bundesland so viele Kinder und Jugendliche
54 unter psychischen Erkrankungen wie in Berlin.

55
56 Die Folge: Der Bedarf an psychotherapeutischer Behandlung
57 ist aktuell so hoch wie nie. Doch vor allem in Ballungsgebieten
58 wie Berlin sind freie Therapieplätze rar und die Wartezeiten
59 mehrere Monate lang. Während der Pandemie mussten sogar
60 Kliniken ihre Türen schließen, weil es zu viele Patient*innen
61 gab. Zeitweise konnten nur noch Menschen „mit akuter Suizid-
62 Gefahr“ behandelt werden und viele andere saßen ohne Hilfe
63 zu Hause. Dies ist für die Hilfesuchenden in höchstem
64 Ausmaß frustrierend, belastend und krankheitsverschärfend.
65 Es ist eine Illusion, davon auszugehen, dass sich diese
66 Problematik mit den Lockerungsschritten von selbst erledigt.
67 Wenn psychische Erkrankungen nicht rechtzeitig behandelt
68 werden, ist mit massiven chronischen Langzeitfolgen zu
69 rechnen. Die Gesundheit von jungen Menschen bestimmt die
70 Gesellschaft von morgen, deshalb ist es wichtig, dass wir
71 jetzt in sie investieren.

72
73
74 Deshalb fordern wir **mehr kostenfreie sowie niederschwellige Angebote für junge Menschen in Berlin zur Verbesserung ihrer mentalen Gesundheitsversorgung**. Jeder
75 junge Mensch, der Therapie benötigt, muss das Recht auf
76 schnellen, unkomplizierten und kostenlosen Zugang zur
77 klinisch-psychologischen und psychotherapeutischen Beratung
78 und Behandlung haben. Dafür müssen die ambulanten und
79 stationären psychotherapeutischen und psychiatrischen
80 Behandlungskapazitäten für Kinder und Jugendliche erhöht
81 werden. Für Notfälle müssen die kinder- und jugendpsychiatrischen
82 Ambulanzen in den Krankenhäusern ausgebaut werden. Darüber
83 hinaus müssen niedrigschwellige digitale und analoge Erstanlaufstellen
84 für hilfesuchende Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen
85 werden, die Hilfs- und Therapieangebote vermitteln und die
86 auch die jungen Menschen in der Übergangszeit bis ein
87 Therapieplatz gefunden ist, unterstützen. Wir fordern außerdem
88 den nachhaltigen Ausbau der schulpsychologischen und
89 psychosozialen Betreuung an Schulen, Berufsschulen und
90 Hochschulen. Auch müssen Impulse zur weitergehenden
91 Vernetzung der Hilfesysteme, der Kinder- und Jugendhilfe,
92 der Schulen, Berufsschulen, Hochschulen und der Kinder- und
93 Jugendpsychiatrie geschaffen werden.

94
95
96
97
98
99 **(Aus-)Bildung**

100 Die Corona-Pandemie hatte zudem massive Auswirkungen
101 auf das (Aus-)Bildungssystem. Kitas, Schulen und

Folgen der vielen Einschränkungen für die jungen Menschen
in der Europäischen Union und damit natürlich auch
Deutschland. Beachtet, interessiert verfolgt, aber auch
kritisiert und umstritten war dabei ihr Vorstoß für ein
so genanntes Europäisches Jahr der Jugend. Wie erwartet
ist dieses Jahr 2022 mit einem gemischten Fazit verstrichen.
Insbesondere in den Anstrengungen, welche explizit für
das Jahr aufgesetzt wurden, haben junge Menschen in der
Tat vielfach Raum erhalten, ihre Forderungen und
Realitäten zu schildern. Etwa in den Policy-Dialogen der
Europäischen Kommission. Viele ohnehin bestehenden
Aktivitäten oder Formate wurden aber auch lediglich
durch das Logo des Jahres aufgewertet. Mit Ausnahme der
Initiative ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve — Anvisieren,
Lernen, Meistern, Ankommen) für junge Menschen
zwischen 18 und 29, die keine Arbeit haben, nicht zur
Schule gehen und keine Berufsausbildung absolvieren
(NEETs), wurden kaum oder wenig strukturelle Fragen
aufgeworfen oder Projekte ins Leben gerufen. Und bei
ALMA muss eingeschränkt werden, dass es in der
Vergangenheit bereits mehrere ähnliche Programme gab
(z.B. die Europäische Jugendgarantie), welche
letztendlich daran gescheitert sind, dass die
Mitgliedsstaaten ihren vor allem finanziellen
Versprechungen und die Europäische Kommission
ihrer Rolle als Antreiber des Europäischen Rates bzw.
des Rates der Europäischen Union nicht nachgekommen
ist.

Insofern bestehen zu den in dem Antrag genannten
Themen und Vorhaben auch von europäischer Seite
noch Nachholbedarfe und Möglichkeiten, derlei
Verbesserungen auf kommunaler etc. mit
Fördermitteln zu unterstützen bzw. auf nationaler
Ebene zu flankieren und zu diskutieren. Ausgehend
davon ist es wichtig, das nun laufende Europäische
Jahr der Kompetenzen kritisch zu begleiten. Die zu
Januar 2023 begonnene Ratspräsidentschaft
Schwedens hat etwa erklärt, dass sie die
Beteiligung junger Menschen an der politischen
Entscheidungsfindung als wesentlichen Faktor für
bessere und nachhaltigere Entscheidungen
auffasst. Hierbei ist es wichtig, dass die Themen
Bildung, Jugend, Gesundheit usw. nicht wie
allzu oft unter der Eindimensionalität des
Blicks auf Wettbewerbsfähigkeit und die
Erhöhung der Einsatzbereitschaft junger
Menschen als Arbeitnehmende leiden. Die
Bundesregierung bzw. die sie tragenden
Bundestagsfraktionen von SPD, Bündnis 90/
Die Grünen und FDP haben mir ihrer
Änderung am Gesetz über die Wahl der
Abgeordneten des Europäischen Parlaments
aus der Bundesrepublik Deutschland
(Europawahlgesetz – EuWG) zur
Absenkung des Wahlrechts für die
nächsten Wahlen zum Europäischen
Parlament im Mai 2024 auf 16 Jahre
einen wichtigen symbolischen Schritt
getan. Dabei darf es nun nicht
bleiben. Berlin und der Bund müssen
sich für nachhaltige und tiefgreifende
Veränderungen einsetzen von der euro-

102 Hochschulen wurden zeitweise geschlossen, Prüfungsin-
103 halte wurden angepasst oder gekürzt, der Unterricht und
104 die Lehre fand monatelang digital über Videokonferen-
105 zen statt. Dadurch veränderte sich der Alltag schlagartig.
106 Statt zur Kita oder in die Schule zu gehen, blieben jun-
107 ge Menschen zu Hause in ihren Zimmern. Während die-
108 ser Homeschooling-Zeiten verschärften sich bereits be-
109 stehende Ungleichheiten. Denn: Nicht alle Kinder und Ju-
110 gendlichen hatten einen eigenen Schreibtisch, geschwei-
111 ge denn einen ruhigen und sicheren Ort zum Lernen oder
112 die notwendige Ausstattung an digitalen Endgeräten mit
113 entsprechender Software. Vielfach fehlte eine ausreichen-
114 de Internetverbindung, um am Unterricht teilnehmen zu
115 können. Die Ausstattung der Lehrkräfte mit digitalen End-
116 geräten begrüßen wir sehr. Allerdings zeigen viele Beispie-
117 le, dass das Land Berlin auch allen Schüler*innen ein An-
118 gebot zur Ausstattung mit digitalen, datenschutzkonfor-
119 men Endgeräten machen muss. Hier braucht es ein barriere-
120 armes und sozialverträgliches Verfahren, damit all jene
121 Schüler*innen, die ein Gerät wollen, auch eins erhalten.
122 Doch damit ist es nicht getan. Damit diese Geräte auch
123 vollumfassend eingesetzt werden können, braucht es ei-
124 ne stabile und sichere Verbindung zum Internet. **Deshalb**
125 **fordern wir ein Recht auf Internet. In einer digitalen Schul-**
126 **welt lässt sich das Recht auf Bildung nur mit eben die-**
127 **sem Recht auf Internet vollumfänglich wahrnehmen. Alle**
128 **Schüler*innen müssen die technischen Möglichkeiten ha-**
129 **ben online arbeiten zu können – vor allem von zu Hause.**
130 Dies kann beispielsweise über mobile Router erfolgen. Fa-
131 milien mit Leistungsanspruch und Alleinerziehende sind
132 bei der Ausgabe zu bevorzugen.

133

134 Die Zeit des Homeschooling hat auch gezeigt, dass der
135 persönliche Austausch mit anderen extrem wichtig ist.
136 Kitas, Schulen und Hochschulen sind Lebensorte. Diese
137 durchgängig zu schließen hatte große psychische Folgen
138 für junge Menschen. **Einer weiteren flächendeckenden**
139 **Schließung dieser Institutionen im Herbst/Winter muss**
140 **entgegengewirkt werden.** Zur Wahrheit gehört auch, dass
141 es einige Menschen gibt, die immer noch vom Regelunter-
142 richt aufgrund (Vor-)Erkrankungen ausgeschlossen sind.
143 Für diese Personen braucht es weiterhin passgenau Un-
144 terstützungsangebote wie das Homeschooling und digi-
145 tale Prüfungsangebote. Dies gilt für Schulen, aber auch
146 für Hoch- und Berufsschulen. Bezüglich der Hochschu-
147 len muss die **Freiversuchsregelung im Berliner Hochschul-**
148 **gesetz für die Dauer der Pandemie und ihrer einschrän-**
149 **kenden Nachwirkungen verlängert werden. Sie besagt,**
150 **dass Prüfungen, die nicht bestanden wurden, lediglich**
151 **als nicht angetreten gelten und Bearbeitungsfristen für**
152 **Haus- und Abschlussarbeiten angemessen zu verlängern**
153 **sind.** Durch den Wegfall an bezahlten Nebentätigkeiten,
154 der Schließung ruhiger Lernplätze in Bibliotheken und die

päischen Ebene in die Länder hinein und umgekehrt.

155 soziale Isolation haben sich die Studienbedingungen für
156 viele Studierende massiv verschlechtert, sodass es wei-
157 terhin dieser Entlastung bedarf. Änderungen im Berliner
158 Hochschulgesetz wie die Freiversuchsregelung sind dabei
159 frühzeitig zu kommunizieren, sodass für die Studierenden
160 und Prüfenden Planungssicherheit besteht.

161

162 Viele Auszubildende mussten während der Pandemie aus
163 dem Homeoffice arbeiten. Dabei wird ihnen oft keine
164 technische Ausstattung zur Verfügung gestellt. Insgesamt
165 kann dies für Auszubildende, die zu Beginn ihrer
166 Ausbildung im Homeoffice sind oder waren, große Nach-
167 teile haben. Der Kontakt zu Ausbilder*innen, Kolleg*in-
168 nen sowie zu anderen Auszubildenden wird durch das di-
169 gitale Arbeiten erheblich erschwert. Ebenso besteht die
170 Gefahr, dass Arbeitgeber*innen ihren Pflichten hinsicht-
171 lich des Arbeitsschutzes bei Auszubildenden im Homeof-
172 fice nur unzureichend nachkommen. Wir fordern daher
173 eine verpflichtende, ausführliche Aufklärung aller Auszu-
174 bildenden, insbesondere derjenigen, die im Homeoffice
175 arbeiten, über ihre Rechte hinsichtlich ihrer Ausbildung
176 und des Arbeitsschutzes. Bei Prüfungen muss es ebenfalls
177 Sonderregelungen analog zu denen an Hochschulen ge-
178 ben, da auch Auszubildende nach wie vor von den Auswir-
179 kungen der Pandemie betroffen sind. Ausbildungsplätze
180 müssen auch in Zeiten von Corona und Inflation sicherge-
181 stellt werden. Dafür muss u.a. eine Ausbildungsplatzum-
182 lage geschaffen werden.

183

184 **Öffentliche Räume**

185 Nicht nur das Bildungssystem war massiv eingeschränkt.
186 Auch die kulturellen Angebote und öffentlichen Räume
187 wurden stark verringert. Die Pandemie hat viele der Auf-
188 enthaltsräume für junge Menschen – z.B. Jugendzen-
189 tren, Vereine, Bars/Clubs – nicht mehr verfügbar ge-
190 macht. Viele von ihnen nutzen öffentliche Parks, um sich
191 zu treffen und zu feiern. Lärmbelästigung oder verein-
192 zelte Schlägereien wurden zum Anlass genommen, die
193 Absperrung von und ein Alkoholverbot in Parks zu for-
194 dern. **Wir lehnen Alkoholverbote und Parkumzäunungen**
195 **bzw. -sperrungen entschieden ab!** Auch das Auftreten des
196 Ordnungsamts und der Polizei ist nicht hinzunehmen.
197 Stattdessen braucht es die verstärkte Zusammenarbeit
198 von Ordnungsämtern und Sozialarbeiter*innen. Das Ord-
199 nungsamt darf in Parks nicht vorrangig als bloße Autori-
200 tät auftreten, sondern sollte vielmehr als Ansprechpart-
201 ner*innen fungieren. Dazu sind spezielle Schulungen an-
202 zubieten.

203

204 Es ist wichtig, dass Jugendliche sowohl tagsüber als auch
205 in den Abendstunden niedrigschwellige Angebote und
206 kostenfreie Orte haben, an welchen sie sich treffen kön-
207 nen. Anstelle von Repressionen braucht es mehr Angebo-

208 te und eine flächendeckende Stärkung der aufsuchenden
209 Jugendarbeit.

210

211 Parks und öffentliche Plätze sind auch deswegen so wich-
212 tig, weil kostenpflichtige Angebote wie Bars und Clubs
213 im Zuge der Inflation für viele junge Menschen kaum
214 noch bezahlbar sind. Um dieser Entwicklung entgegen-
215 zuwirken, fordern wir einerseits die Prüfung und Erarbei-
216 tung eines Finanzierungskonzepts, um die Eintrittsprei-
217 se für Berliner Clubs, welche besonders für junge Men-
218 schen relevant sind, sozialverträglich zu gestalten. Das Fi-
219 nanzierungskonzept und der Kreis der betreffenden Clubs
220 soll gemeinsam mit der Clubkommission erarbeitet wer-
221 den. Andererseits setzen wir uns für eine generelle **Einstu-**
222 **fung von Veranstaltungsstätten als kulturelle Einrichtun-**
223 **gen** ein, damit ein ermäßigter Steuersatz von 7% geltend
224 gemacht werden kann. Ebenfalls sollten junge Menschen
225 die Möglichkeit haben, das kulturelle Angebot in Berlin
226 wahrnehmen zu können. Daher fordern wir kostenlosen
227 Eintritt in die Landeseigenen Museen und alle Daueraus-
228 stellungen für Menschen unter 25 Jahren. Darüber hinaus
229 müssen auch alternative kostenlose Angebote für junge
230 Menschen gestärkt werden. Dazu gehören u.a. der Ausbau
231 von Jugendclubs und Sportangebote.

232

233 Darüber hinaus wollen wir die Vereine in Berlin stärken.
234 In vielen Bezirken überleben diese nur durch das uner-
235 schöpflische Engagement von Ehrenamtlichen. Neben ei-
236 ner finanziellen Unterstützung durch vom Land zur Verfü-
237 gung gestellte Mittel, über die die Bezirke verfügen sollen,
238 braucht es eine Unterstützung der ehrenamtlichen Kräf-
239 te. Hier fordern wir eine neue Strategie, um das Ehrenamt
240 zu stärken. Neben einer Anerkennungskultur braucht es
241 vor allem finanzielle Entlastung für die geleistete Arbeit –
242 beispielsweise mit ÖPNV-Abos oder einer Mindestvergü-
243 tung.

244

245 **Wirtschaft**

246 Die Auswirkungen der Pandemie werden besonders für
247 Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch schlechter
248 gestellten Herkünften deutlich. Neben der Schule oder
249 dem Studium nicht arbeiten zu müssen, ist immer ein
250 Privileg. Besonders mit dem Wegfallen vieler Aushilfs-
251 jobs während der Pandemie aber sind für die einen exis-
252 tenzielle Sorgen entstanden, teils kann sich Bildung so
253 nicht mehr geleistet werden, während andere weiterhin
254 von ihren Familien finanziell unterstützt wurden können
255 und so vergleichsweise weniger beschränkt werden. **Des-**
256 **halb fordern wir die Einrichtung eines durch Einnahmen**
257 **der progressiven Erbschaftssteuer finanzierten Chancen-**
258 **gleichheitsfonds, der zum einen in Höhe von je 20.000€**
259 **als Gesellschaftserbe an alle 18-Jährigen ausgezahlt wird**
260 **und zum anderen zur Finanzierung von öffentlichen Gü-**

261 **tern und Leistungen, die die allgemeine Chancengleich-**
262 **heit fördern, genutzt wird.** Damit geht mehreres einher:
263 Wir wollen das Vermögen einiger weniger auf die gesam-
264 te Gesellschaft umvererben, um jungen Erwachsenen auf
265 der einen Seite einen finanziellen Boost zum Start ins Le-
266 ben zu geben und andererseits Ungleichheit fördernde
267 Strukturen zu bekämpfen.

268

269 Neben dem Chancengleichheitsfonds fordern wir die **Ver-**
270 **längerung der Kindergeldzahlungen.** Während die Fort-
271 zahlung des BAföGs an die Corona-bedingten Einschrän-
272 kungen angepasst wurde, bleibt die Zahlungsdauer des
273 Kindergeldes ungeändert und riskiert somit starke Geld-
274 einbußen am Ende der Ausbildung.

275

276 Auch für junge Menschen im Berufsleben hat die Pande-
277 mie gravierende Auswirkungen. Viele mussten aus dem
278 Homeoffice arbeiten, andere unter Gefährdung ihrer ei-
279 genen Gesundheit weiterhin in ihrer Arbeitsstelle arbei-
280 ten. Durch die Digitalisierung ergeben sich neue Möglich-
281 keiten des Homeoffice, also des Arbeitens von zu Hau-
282 se, die durch die Pandemie weiter vorangetrieben wur-
283 de. Anstelle von Präsenzmeetings traten Videomeetings,
284 der Austausch mit Kolleg*innen fiel oftmals weg. Den-
285 noch kann Homeoffice auch in Zeiten außerhalb der Pan-
286 demie Vorteile für Arbeitnehmer*innen bieten, wie flexi-
287 ble Arbeitszeiten oder der Wegfall von langen Arbeitswe-
288 gen. Dies kann allerdings auch dazu führen, dass Men-
289 schen länger arbeiten und keinen richtigen Feierabend ha-
290 ben, da von einer ständigen Erreichbarkeit ausgegangen
291 wird. Hinzu kommen außerdem Möglichkeiten der digi-
292 talen Überwachung der Arbeitnehmer*innen, durch Pro-
293 duktivitätschecks wie bspw. die Bewegungen der Compu-
294 termaus. **Diese digitale Überwachung lehnen wir katego-**
295 **risch ab.** Softwares, die zur digitalen Überwachung von
296 Arbeitnehmer*innen dienen, müssen verboten werden.
297 Darüber hinaus müssen Arbeitnehmer*innen über ihre
298 Rechte im Homeoffice aufgeklärt werden, dies umfasst
299 explizit auch Datenschutz sowie den Schutz vor Überwa-
300 chung durch den Arbeitgeber. Durch die Digitalisierung
301 und Homeoffice vermischen sich Arbeits- und Privatle-
302 ben zunehmend. Damit Arbeitnehmer*innen auch im Ho-
303 meoffice Erholungszeiten haben, in denen die Arbeitge-
304 ber*innen sie nicht kontaktieren, fordern wir Sperrzeiten,
305 in denen die Arbeitgeber*innen die Arbeitnehmer*innen
306 im Regelfall nicht kontaktieren dürfen. Diese sind bei flexi-
307 blen Arbeitszeiten auch flexibel zu ermöglichen. Darüber
308 hinaus fordern wir neben dem Recht auf Homeoffice auch
309 ein Recht auf einen gestellten Arbeitsplatz, sofern da-
310 gegen keine Gründe des Gesundheitsschutzes sprechen.
311 Insbesondere junge Menschen haben in Berlin aufgrund
312 der enormen Mietpreise nur wenig Wohnraum zur Verfü-
313 gung. Sofern sie im Homeoffice arbeiten, erschwert die-

314 se Platzteilung die Trennung von Arbeits- und Privatle-
315 ben weiter und kann negative Auswirkungen auf die men-
316 tale Gesundheit haben. Wir lehnen darüber hinaus ab,
317 dass Unternehmen Geld für Büroflächen sowie Heizkos-
318 ten sparen können und dies im Gegenzug von den Arbeit-
319 nehmer*innen gestemmt werden muss, da sie im Home-
320 office arbeiten. Wenn Leute sich dafür entscheiden,
321 auch oder ausschließlich aus dem Homeoffice zu arbeiten,
322 ist die technische Ausstattung sowie die arbeitsschutzge-
323 mäße Ausstattung des Arbeitsplatzes (z.B. ein passender
324 Schreibtischstuhl) von den Arbeitgeber*innen zu stellen
325 bzw. zu zahlen. Damit Homeoffice flächendeckend mög-
326 lich wird, fordern wir weiterhin den Ausbau von schnel-
327 lem und stabilem Internet in der ganzen Stadt. Dabei hal-
328 ten wir an unserer Forderung nach der Verstaatlichung der
329 Breitbandinfrastruktur in Gebieten, in denen es nur einen
330 Anbieter gibt, sowie der letzten Meile, fest. Die letzte Mei-
331 le beschreibt dabei das Stück der Verbindung, dass direkt
332 zu den Verbraucher*innen führt.

333

334 Um junge Menschen zu entlasten und ihnen zugleich eine
335 Zukunftsperspektive zu eröffnen, fordern wir:

336

- 337 • mehr kostenfreie sowie niederschwellige Angebote
- 338 für junge Menschen in Berlin zur Verbesserung ihrer
- 339 mentalen Gesundheitsversorgung
- 340 • ein Recht auf Internet für alle Menschen in Berlin
- 341 • den flächendeckenden Ausbau von schnellem und
- 342 stabilem Internet
- 343 • die Einführung eines Gesellschaftserbes
- 344 • den Schutz von Arbeitnehmer*innenrechten im Ho-
- 345 meoffice
- 346 • (Einführung von Kontaktsperren für Arbeitgeber*in-
- 347 nen)
- 348 • Prüfung und Erarbeitung eines Finanzierungskon-
- 349 zepts zusammen mit der Clubkommission, um die
- 350 Eintrittspreise für Berliner Clubs sozialverträglich zu
- 351 gestalten
- 352 • keine Parksperrungen und Alkoholverbote, sondern
- 353 die Ausweitung von Freiräumen sowie Angebote für
- 354 junge Menschen im gesamten Stadtgebiet (vor al-
- 355 lem in den Abendstunden). Wir sehen hier die BVV-
- 356 Fraktionen in der Pflicht, die Nutzung der Grünflä-
- 357 chenanlagen multigenerational zu verstehen
- 358 • die Stärkung der Angebote der Jugendarbeit sowie
- 359 Vereine
- 360 • eine Offensive für die Stärkung der ehrenamtlichen
- 361 Arbeit in Berlin
- 362 • Freiversuchsregelungen für Prüfungen
- 363 • kostenfreien Eintritt für Museen und Dauerausstel-
- 364 lungen für Menschen unter 25 Jahren

365